

„Manches bei uns ist wirklich beängstigend“

In Sachen Digitalisierung hat Deutschland enorme Defizite, sagt der Aachener Softwareunternehmer Oliver Grün.

AACHEN Nach einer Impfung bekommt man einen Stempel in ein gelbes Heft, mit dem man anschließend in die Apotheke geht, einen ausgedruckten QR-Code bekommt, den man dann in eine App einscannet – das ist die Realität im Deutschland des Jahres 2022. Corona hat exemplarisch gezeigt, wie abgehängt die viertgrößte Industrienation der Welt beim digitalen Wandel ist. „Dieser Rückstand wird irgendwann Wohlstand kosten“, sagt der Aachener Softwareunternehmer **Oliver Grün** im Gespräch mit unserem Redakteur **Georg Müller-Sieczkarek**.

Herr Grün, welche Schulnote geben Sie Digital-Deutschland?

Oliver Grün: Ausreichend.

Warum?

Grün: Bei der digitalen Infrastruktur sind wir auf dem Stand eines Entwicklungslandes, zumindest unter den Industrienationen. Der Mobilfunkausbau verläuft schleppend, es gibt immer noch Funklöcher, die Versorgung mit Glasfasernetzen ist schlecht. Bei der Digitalisierung der Bildung liegen wir weit zurück, vom WLAN an den Schulen bis zur Anwendung im Unterricht. In der Industrie sieht es zwar deutlich besser aus. Allerdings geht es in den meisten Unternehmen nur um die Verbesserung ihrer Produktion – und nicht um eine echte digitale Transformation.

Und die Politik?

Grün: Die Digitalpolitik in Deutschland ist zerfasert, es fehlt eine Strategie und eine zentrale Zuständigkeit. Da mache ich mir große Sorgen.

Das Wort „digital“ steht im Koalitionsvertrag der Ampel aber immerhin an 226 Stellen.

Grün: Im Koalitionsvertrag finden sich viele gute Ansätze – von der Entbürokratisierung über die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bis zu einem Dateninstitut, das die Verfügbarkeit von Daten vorantreiben soll. Aber es gibt weiterhin kein eigenständiges Digitalministerium. Ein solches Megathema braucht aber eine Stelle, die die Dinge bündelt und auch durchsetzen kann. Stattdessen hat die Ampel die Digitalthemen auf sieben Ressorts aufgeteilt und ehemals im Wirtschaftsministerium gebündelte Themen nur teilweise umgesiedelt: Das Ministerium für Digitales und Verkehr kümmert sich jetzt um allgemeine Digitalpolitik sowie den Breitband- und Mobilfunkausbau, das Wirtschaftsministerium um künstliche Intelligenz und Start-ups, das Innenministerium um die Digitalisierung der Verwaltung und Cyberthemen, für Smart Cities wiederum ist das Bauministerium verantwortlich – das wird so nicht funktionieren. In Deutschland wird nach wie vor zu klein gedacht.

Was machen denn andere besser, die Skandinavien oder die baltischen Länder?

Grün: Wenn ein Unternehmen selbst digital nicht gut aufgestellt ist, kann es auch beim Kunden die Digitalisierung nicht vorantreiben. So ähnlich ist es auch beim Staat. Bei der digitalen Verwaltung ist Deutschland absolut rückständig – das prägt auch die Mentalität der Bürger.

Wie lässt sich das ändern?

Grün: Wir brauchen keinen Urknall, sondern den Mut anzufangen. Man will immer noch

„Es ist erschütternd, auf welchem Stand Deutschland ist“, sagt der Softwareunternehmer und Regierungsberater Oliver Grün.

FOTO: ANDREAS STEINDL



Auch die Digitalisierung der Schulen kommt nur schleppend voran. „Dabei gibt es so viele spannende Konzepte“, sagt Oliver Grün.

FOTO: DPA

eine monolithische Softwarearchitektur für ganz Deutschland einführen, die am besten alle Prozesse der öffentlichen Verwaltung einheitlich abwickelt. Die aber wird es niemals geben – und gibt es in Estland übrigens auch nicht. Es darf ruhig einen Wettbewerb unter verschiedenen E-Government-Lösungen geben. Entscheidend ist, dass die Daten verfügbar sind.

Wie könnte das konkret aussehen?

Grün: Man schafft intelligente Plattformen für den Datenaustausch, damit die Speicherung nur ein einziges Mal passiert – statt sich an 47 verschiedenen Portalen mit 47 verschiedenen Passwörtern anzumelden. Bei diesem „Once-Only-Prinzip“ stellt man dem Staat seine Daten einmalig zur Verfügung und macht sie damit für alle Behörden, die sich aus diesem Datenpool bedienen dürfen, verfügbar. So hat es Estland mit dem X-Road-Programm geschafft, alle staatlichen Register und Akten innerhalb weniger Jahre zusammenzuführen und sicher zu speichern. Die Bürger können mit einer elektronischen Identitätskarte jederzeit ihre Daten einsehen – und brauchen für ihre Steuererklärung nur ein paar Minuten.

Und das ist sicher?

Grün: Ja, denn jede Datenabfrage, auch von einer Behörde, führt zu einem rechtssicheren elektronischen Dokument. Damit kann man jederzeit nachvollziehen, wer seine Daten abgefragt hat.

Wie könnte man konkret anfangen?

Grün: Mit den Angaben auf dem Personalausweis zum Beispiel. Oder der Einführung einer Bürgerservicenummer wie in den Niederlanden, mit der sich alle gegenüber den Behörden, aber auch im Gesundheitswesen ausweisen können. So ließen sich nebenbei digitale Mogelpackungen vermeiden.

Was meinen Sie damit?

Grün: Eine digitale Gewerbeanmeldung zum Beispiel, die anschließend doch ausgedruckt wird. Oder ein Internetantrag, der eine Mail auslöst, die ein Sachbearbeiter am Ende in einem Aktenordner abheftet. Was da in manchen Behörden tagtäglich passiert, ist wirklich beängstigend. Eigentlich ist auch jeder Gang zum Straßenverkehrsamt überflüssig. Denn alle Informationen sind an anderer Stelle ja schon vorhanden. Das lässt sich komplett digital abwickeln.

Deutschland leistet sich 17 Datenschutzbeauftragte in Bund und Ländern. Kommen wir bei der Digitalisierung auch deshalb so mühsam voran?

Grün: Diese diffuse Angst vor Daten ist definitiv eine große Innovationsbremse. Nach einer neuen Bitkom-Umfrage sagen neun von zehn Unternehmen, dass sie mindestens schon einmal ein innovatives Projekt wegen der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung – die Red.) gestoppt haben. Ich kenne auch viele Start-ups, die daran gescheitert sind.

Wo liegt das Problem?

Grün: Bei uns wird die Verordnung – im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern – sehr streng ausgelegt. Wenn man Daten anonymisiert, fallen sie nicht unter die Verordnung, und man kann sie für ein Geschäftsmodell verwenden – eigentlich. Doch bei uns herrscht die Angst vor, dass diese Daten auch wieder deanonymisiert werden können. Man sucht also nach Problemen, anstatt sie zu lösen. Das ist schon ziemlich deutsch.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Grün: Lässt man ein Auto die Zahl und Lage von Schlaglöchern messen, um die Straßen schneller reparieren zu können, dürfen die Da-

ten nicht weitergegeben werden. Denn man könnte ja – rein theoretisch – Rückschlüsse auf das Auto, den mutmaßlichen Fahrer und seine Wegstrecke ziehen – und dann ist man gleich wieder beim Datenschutz. Wenn wir dieses Datensparsamkeitsdenken nicht endlich überwinden, haben wir in Zukunft im internationalen Wettbewerb keine Chance mehr.

Ist das auch ein Bildungsproblem?

Grün: Ja, auch deswegen gebe ich Deutschland insgesamt nur die Note ausreichend. Der Bildungskanon ist seit 40 Jahren weitgehend gleich. Nichts gegen deutsche Literatur, gegen Reinformen und die Klassiker: Aber meine Kinder lesen im Grunde denselben Stoff wie ich zu meiner Schulzeit. Auf der anderen Seite erfahren sie aber so gut wie nichts über Digitalisierung. Und das im Jahr 2022 ...

In Nordrhein-Westfalen ist Informatik seit vergangem Sommer immerhin Pflichtfach ab der fünften Klasse.

Grün: Das ist ein wichtiger Schritt, für den wir uns immer eingesetzt haben. Aber eigentlich müsste man schon in der Grundschule ein Fach Digitalkunde einführen. Dabei geht es nicht nur um Medienkompetenz, also um den Umgang mit Quellen oder Fake News. Sondern auch ums Gestalten. Apple-Gründer Steve Jobs hat gesagt: Jeder sollte programmieren lernen, denn es schult das Denken. Unsere Kinder sollten erfahren: Wie funktioniert eigentlich etwas, das ich jeden Tag benutze? Das ist Grundwissen. Und es ist wichtig, damit in Klasse fünf zu beginnen.

Warum?

Grün: Studien zeigen, dass mehr Mädchen das Interesse an Informatik verlieren, je später sie sich damit beschäftigen. Ab der siebten Klasse wird das leider uncool.

OLIVER GRÜN

Unternehmer und Regierungsberater

Oliver Grün, Jahrgang 1969, ist Gründer und Vorstandsvorsitzender der Aachener Grün Softwaregroup GmbH. Der Diplom-Ingenieur und zweifach promovierter Wirtschaftsingenieur ist Präsident des Bundesverbandes IT-Mittelstand und steht an der Spitze des Europäischen Dachverbands mittelständischer IT-Unternehmen in Brüssel. Der gebürtige Mülheimer (Ruhr) berät sowohl

die Landes- wie auch die Bundesregierung in Fragen der Digitalisierung und ist Vorsitzender des DigitalHUB Aachen. Grün wohnt in Belgien, ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Sein 1989 gegründete Unternehmen zählt heute an zehn Standorten rund 270 Mitarbeiter und entwickelt Software unter anderem für Vereine und Verbände, Spendenorganisationen, Bildungsanbieter, Medienhäuser und Handelsunternehmen. (red)

Den müssen Sie bitte erklären.

Grün: Man stellt dabei den Unterricht auf den Kopf. Die Kinder lernen den reinen Stoff anhand von Videos zu Hause im Internet, in der Schule wenden sie das Gelernte dann unter Betreuung der Lehrer an, zum Beispiel in Gruppenarbeiten. Und was ist die Realität in Deutschland? Unsere Lehrer stehen Jahr für Jahr vor neuen Klassen und vermitteln im Frontalunterricht denselben Stoff – absurd! Andere Länder sind uns bei der digitalen Schule meilenweit voraus. Dieser Rückstand wird irgendwann Wohlstand kosten.

In Deutschland fehlen mehr als 100.000 IT-Experten.

Grün: Und das ist erst der Anfang. Dieser „War for Talents“, der Kampf um die besten Köpfe, wird sich noch erheblich verschärfen. Früher haben wir als mittelständischer Arbeitgeber mit Microsoft oder Google um Talente konkurriert. Inzwischen suchen alle Branchen IT-Spezialisten: Mercedes-Benz oder die Deutsche Bahn haben Zehntausende Stellen ausgeschrieben. Allein wir haben in unserem Unternehmen 20 unbesetzte Stellen. Und die öffentliche Verwaltung sucht auch. Selbst in der Corona-Zeit ist die Zahl der

offenen Jobs daher nur geringfügig gesunken.

Wie lässt sich das ändern?

Grün: Wir müssen umdenken. Man braucht nicht immer zwingend ein Informatikstudium. Auch ein Quereinsteiger mit Vorkenntnissen kann sich in sechs Monaten fokussiert qualifizieren – es gibt im Übrigen keinen besseren Weg in eine sichere berufliche Zukunft, als jetzt in die IT-Branche zu gehen. Und die Hürden für ausländische Fachkräfte sind immer noch viel zu hoch in Deutschland. Da muss sich noch einiges ändern.

Die Pandemie hat die Defizite schonungslos offengelegt.

Grün: Mich hat das nicht verwundert. Aber es ist erschütternd, auf welchem Stand wir sind. Das Gute an der Sache: Selbst den Menschen, die nicht digitalaffin sind, ist klar geworden, wie rückständig wir tatsächlich sind. Das lässt sich allerdings nicht von heute auf morgen aufholen.

Vor allem bei der Ausstattung der Gesundheitsämter zeigten sich die Schwächen.

Grün: Ja, aber es reicht nicht zu sagen: Alle Gesundheitsämter führen jetzt dieselbe Software ein. Das wäre zwar schön, ist aber auch ein komplexer Vorgang. Wir haben vor allem ein Problem mit den Schnittstellen. Denn im Laufe der Pandemie kamen immer mehr Player ins Spiel: neben den 375 Gesundheitsämtern das Robert Koch-Institut, die Labore, die Landesämter. Später dann die Ärzte, die Impfzentren, die Apotheker. Inzwischen sind das mindestens 30 verschiedene Stellen, die miteinander Daten austauschen müssen oder sollen. Hinzu kommt: Die Erfassung von Gesundheitsdaten bindet viel Personal. Wenn es dann noch zu Medienbrüchen kommt, wenn also

Daten aufwändig von einem Medium in ein anderes übertragen werden müssen, sind Probleme und Verzögerungen unvermeidbar.

Deutschland hat zehn Jahre ge-

braucht, um das elektronische Rezept einzuführen. Können Sie das verstehen?

Grün: Nein. Auch hier zeigt sich dieses Bedenkenträgertum. Die deutsche Art, alles bis ins letzte Detail hinein regeln zu wollen, bremst in einer immer agileren Welt Innovationen. Nicht von ungefähr liegt Deutschland bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens nach einer Bertelsmann-Studie auf Platz 16 von 17 analysierten OECD-Ländern.

Homeoffice, Videokonferenzen: War Corona tatsächlich ein Digital-Booster?

Grün: Für die Akzeptanz von digitalen Prozessen sicherlich. Viele Menschen haben in den vergangenen zwei Jahren gesehen, wie Kommunikation und Zusammenarbeit auch anders, nämlich digital, funktionieren können. Das wird auf Dauer zum Beispiel zu weniger Dienstreisen führen und auch Bereichen wie der Telemedizin einen Schub geben. Wir haben fünf Jahre aufgeholt – aber zugleich gesehen, dass wir weiter zurückklagen als gedacht. Bei der digitalen Transformation in den Unternehmen, also der tiefgreifenden Einführung neuer digitaler Geschäftsmodelle, ist hingegen manches auf Eis gelegt worden. Viele Unternehmen sind in der Pandemie vorsichtig geworden und warten erst einmal ab.

Eine Prognose: 2025, nach vier Jahren Ampel-Regierung, geben Sie Digital-Deutschland welche Note?

Grün: Befriedigend, hoffe ich wenigstens! Wir haben jetzt die Chance für eine echte Veränderung.